

Neue Zürcher Zeitung



Der andere Blick am Abend

von Malte Fischer
Wirtschaftsredaktor NZZ Deutschland

Lieber Herr Nieporte

Heute geht es um den aussenpolitischen Richtungsstreit in der AfD sowie das Ausspähen jüdischer und israelischer Einrichtungen in Deutschland für Iran. Doch zunächst zum Kommentar.

Thema des Tages: Deutschland braucht durchgreifende Reformen. Doch der Regierung fehlt der Wille dazu



Die Reformpolitik von Bundeskanzler Gerhard Schröder führte die deutsche Wirtschaft vor zwanzig Jahren zurück in die Wachstumsspur.

Imago

Fragt man Ökonomen, was erforderlich ist, damit Deutschlands Wirtschaft wieder Tritt fasst, lautet die nahezu einhellige Antwort: Reformen. Gemeint sind nicht höhere Schulden, wie die Regierung von Kanzler Friedrich Merz sie plant. Sondern [echte Reformen](#), die die Rahmenbedingungen für die Unternehmen verbessern. Dazu gehören weniger Bürokratie, geringere Lohnkosten, niedrigere Steuern und Energiekosten.

Doch seit Jahren verhallen die Appelle der Ökonomen ungehört. An mangelnder Einsicht der Politiker dürfte es (bis auf einige Ausnahmen) nicht liegen. Zwar haben nur wenige Politiker wirklich Ahnung von Ökonomie. Doch in den Ministerien ist genügend Sachverstand vorhanden, um ihnen die Zusammenhänge zu erläutern.

Die wahren Ursachen für den Reform-Attentismus in Deutschland liegen daher woanders. Es sind die [historischen Erfahrungen](#) mit Reformen und die Demografie, die Veränderungen entgegenstehen.

Schröder wurde für seine Reformen bestraft

Zunächst zur Historie. Vor genau zwanzig Jahren, am 1. Juli 2005, stellte [Gerhard Schröder](#), der von 1998 bis 2005 Bundeskanzler einer rot-grünen Koalition war, die Vertrauensfrage im Bundestag – und verlor sie. Wenige Monate später scheiterte seine Partei, die SPD, bei der Bundestagswahl, und Schröder verlor seine Kanzlerschaft.

Der Grund: Schröder hatte den Mut zu Reformen aufgebracht. Anfang des Jahrtausends galt Deutschland, ähnlich wie heute, als [kranker Mann Europas](#). Die Lohnexzesse im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung, die erstickende Regulierungsdickicht auf dem Arbeitsmarkt und die Überdehnung des Sozialstaats hatten der Wirtschaft ihre Dynamik und den Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit geraubt.



Anzeige

KI-gestützte Digital Services für die Automatisierung Ihres Workflows

CENT Systems schafft mit den Digital Services «Smart Scanning», «Smart Mailbox» und «Smart Archive» die Grundlage für markante Produktivitätssteigerungen im Unternehmen. Erfahren Sie mehr und vereinfachen Sie Ihre Aufgaben mit neuester Technologie.

Das augenfällige Symptom der Krankheit war die hohe Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen nahm Kurs auf die Marke

von 5 Millionen. In der Bevölkerung grassierte die Angst vor dem Jobverlust. Schröder musste reagieren. Im März 2003 kündigte er die Agenda 2010 an, die umfassendste Reform des Sozialstaats in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Schröder kürzte die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und legte die Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe zum [Arbeitslosengeld 2 \(Hartz IV\) zusammen](#). Die Hälfte der Betroffenen erlitt dadurch Einkommenseinbußen.

Das Ende der Massenarbeitslosigkeit

Anzahl der Arbeitslosen in Deutschland¹ (in Tausend)



① März 2003: Schröder stellt Agenda 2010 vor

② Juli 2005: Schröder verliert Vertrauensvotum

¹saisonbereinigte Monatswerte

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

NZZ / mfi.

Mehr noch. Schröder lockerte den Kündigungsschutz, baute die Leiharbeit aus, führte die Selbstbeteiligung der Patienten an den Behandlungskosten im Gesundheitswesen ein und verlangsamte den Anstieg der Renten.

Auf die deutsche Wirtschaft wirkten die Agenda-Reformen wie eine Frischzellenkur. Das Wachstum kehrte allmählich zurück, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbesserte sich, die Arbeitslosigkeit sank.

Doch für Schröder kam der wirtschaftliche Erfolg zu spät. Aus Angst,

ihre sozialen Besitzstände zu verlieren, gingen die Menschen gegen die Reformen auf die Strasse. In Ostdeutschland riefen sie in Anlehnung an die [historischen Demos von 1989 gegen die DDR-Regierung](#) zu Montagsdemonstrationen gegen die Agenda 2010 auf – und strafte Schröder bei den Neuwahlen 2005 ab. Die Ernte für die Saat, die er gelegt hatte, fuhr seine Nachfolgerin Angela Merkel ein. Ihre Regierung sonnte sich in hohen Wachstumsraten und ausgeglichenen Staatshaushalten.

Politisches Harakiri

Das Schicksal Schröders wirkt bis heute nach. Reformen, die in die Besitzstände der Wähler eingreifen, so die Lehre, die viele Politiker aus den damaligen Ereignissen zogen, gleichen einem politischen Selbstmord. Sowohl Merkel als auch ihr Nachfolger Olaf Scholz schreckten daher vor echten Reformen zurück. Merkel rollte Teile von Schröders Agenda sogar zurück, zum Schaden Deutschlands.

Das Risiko ist hoch, dass der Regierung unter Friedrich Merz ebenfalls die Kraft und der Wille zu echten Reformen fehlen. Das liegt nicht nur daran, dass die SPD noch immer die Wunden leckt, die Schröders Agenda der Partei geschlagen hat. Es liegt auch daran, dass es anders als vor zwanzig Jahren derzeit keine Massenarbeitslosigkeit gibt.

Zwar hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert. Mit rund [2,9 Millionen Arbeitslosen](#) ist deren Zahl aber weit von der Marke von 5 Millionen entfernt. Damals buhlten die geburtenstarken Jahrgänge um knappe Jobs, heute buhlen die Unternehmen um knappe Arbeitskräfte. Das schwächt den Druck ab für Reformen.

Die Alten wollen keine Reformen

Dazu kommt die Angst der Politiker, dass die alternde Bevölkerung (mehr als [40 Prozent der Wähler sind älter als 60 Jahre](#)) Reformen, die mit Leistungskürzungen einhergehen, an der Wahlurne abstrafen. Daher kleistert die Regierung die Probleme des Landes lieber mit

Schulden zu, statt zu reformieren, finanziert die Gegenwart aus der Zukunft und bittet die Jungen zur Kasse. Auf die Gefahr hin, dass diese eines Tages Reissaus nehmen und sich dem Generationenvertrag, den sie nie unterschrieben haben, entziehen.

Auch wenn Deutschlands Wirtschaft dringend durchgreifende Reformen benötigt: Die Aussichten, dass die Regierung unter Friedrich Merz die Kraft dazu aufbringt, sind gering.

Meine Highlights aus der «Neuen Zürcher Zeitung»



Die AfD-Vorsitzenden Alice Weidel und Tino Chrupalla stehen vor einer schwierigen Richtungsentscheidung in der Partei.

Andreas Gora / Imago

- **Richtungsstreit:** In der AfD streiten Nato-Skeptiker und Transatlantiker über den künftigen aussenpolitischen Kurs der Partei. [Zur Analyse](#)
- **Spionage:** Ein dänischer Staatsangehöriger soll für Iran in Deutschland jüdische und israelische Einrichtungen ausspioniert